

Grünes Licht für Verkehrsplan

Bauausschuss stimmte Vorlage mit Änderungen zu – Endgültiger Beschluss wird für die nächste Ratssitzung erwartet

Kiel – Nach langem Tauziehen hat der Kieler Verkehrsentwicklungsplan (VEP) gestern die entscheidende Hürde im Fachgremium genommen: Der Bauausschuss stimmte dem fast 100-Seiten-Werk mit schwarz-grünen Änderungen bei Enthaltung der SPD zu.

Von Martina Drexler

Auch wenn die Sitzung sachlich abließ, so schrieb sie doch ein weiteres Kapitel der mit Besonderheiten geprägten Verfahrensgeschichte mit etlichen Sonderterminen. Da CDU und Grüne den Plan noch vor der Kommunalwahl beschließen wollen, lehnten sie aus Furcht vor einer weiteren Ver-

tägung durch die SPD alle 22 Ortsbeiratsanträge ab – obwohl sie sie in Teilen befürworteten. Stefan Kruber, baulitischer Sprecher der CDU, erklärte: Da mehrere Ausschüsse den VEP bereits beschlossen hätten, könnte es zu unterschiedlichen Voten mit erst endgültiger Entscheidung im Hauptausschuss kommen. Das aber hätte die Beratungsmaschinerie wieder ins Stottern gebracht. Für den Rat im April kündigte Kruber an, die OBR-Voten, denen CDU und Grünen zustimmen, als interfraktionelle Anträge einzubringen. Cai-Uwe Lindner (SPD) fand das Ganze nur noch merkwürdig. Die Hektik sei nicht nötig, wiederholte er, da die Ratsmehrheit den VEP auf jeden Fall vor der Wahl „in trockenen Tüchern“ habe.

Für den nach Krubers Ansicht „zwingend notwendigen Autobahnanschluss“ (A 215, Thema Uhlenkrog) pocht die Kooperation darauf, den Bund schon vor dem sechsspurigen Ausbau auf Lärmschutzmaßnahmen zu verpflichten. Alle möglichen raumsparenden und schonenden Varianten müssten ausgelotet werden. Dem Paket VEP konnte Conrad Hansen (Grüne) zustimmen, auch wenn er deutlich machte, dass die Grünen im Gegensatz zur CDU gegen Projekte wie Uhlenkrog, Ostuferentlastungsstraße und Südspange sind: Doch die Entscheidung über konkrete Einzelmaßnahmen stehe erst später an. Achim Heinrichs (SPD) nannte dagegen für seine Fraktion Südspange und Ostuferentlastungsstraße als Prioritäten.

Es gab einige Punkte, bei denen die SPD, die noch Beratungsbedarf anmeldete, mit schwarz-grünen Änderungen übereinstimmte: zum Beispiel beim Klimaschutz, der Berichterstattung zu CO₂-Reduktionszielen, Metroexpress als wünschenswerte Option oder den fahrradfreundlichen Umbau von Kopfsteinpflaster. Die Westumgehung Neumühlen-Dietrichsdorfs (Grenzstraße bis Hasselfelde) für den Schwerverkehr betrachtet sie jedoch als öffentliche Straße, während die Ratsmehrheit den Hafen und das Gemeinschaftskraftwerk in Teilen zur Kasse bitten will. Endgültig entscheiden, in welche Richtung Kiel beim Verkehr steuert, soll jetzt der Rat am 17. April einen Monat vor der Kommunalwahl.